

Helmut Welge

# Bundeskanzler Ludwig Erhard

Außenpolitiker im weltpolitischen Wandel



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

## Vorwort

Ludwig Erhard, 1897 als Sohn eines Weißwaren-Einzelhändlers in Fürth geboren, fand erst sehr spät in die Politik. Bis zu seinem 48. Lebensjahr hatte er keinerlei politische Interessen. In der Weimarer Republik und während der Nationalsozialistischen Herrschaft hatte der promovierte Diplomkaufmann bei verschiedenen universitätsnahen Instituten im Raum Nürnberg/Fürth wirtschaftswissenschaftliche Positionen bekleidet und dabei Kontakte zu namhaften wirtschaftsliberalen Ordinarien deutscher Universitäten wie Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack geknüpft. In mehreren Schriften kritisierte er ausdrücklich die Kommandowirtschaft des Dritten Reiches und vertrat seine ordoliberalen Anschauungen einer freien Marktwirtschaft – mit denen er bei Fortdauer des Nazi-Reiches sicherlich in Ungnade gefallen wäre.

Seine Ausgangsposition bei Ende des II. Weltkrieges war daher denkbar günstig, als die amerikanische Besatzungsmacht für das Land Bayern einen Wirtschaftsminister suchte – und ihn in Erhard fand. Dieses Amt trat er im Oktober 1945 an.

Nach Querelen mit den Amerikanern verlor er bereits im Juni 1946 dieses Amt und lehrte kurzzeitig als Honorarprofessor Volkswirtschaft an der Universität München.

Über den im Jahre 1947 in der amerikanischen und britische Besatzungszone (Bizonie) gebildeten Sachverständigenrat für eine Währungsreform, deren Vorsitz Erhard bekleidete, wurde er zum erfolgreichen Protagonisten der D-Mark-Einführung 1948 und Abschaffung der Zwangsbewirtschaftung, verbunden mit einer Aufhebung aller Preisbindungen für Konsumgüter.

Es war daher folgerichtig, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer ihn 1949 als Wirtschaftsminister in sein erstes Kabinett berief. Dieses Amt übte Ludwig Erhard, der die soziale Marktwirtschaft zu seinem Credo erhoben hatte, bis zu seiner Wahl als Bundeskanzler im Oktober 1963 ununterbrochen aus. Seine Wirtschaftspolitik war so erfolgreich, dass Deutschland in den 1950er Jahren von einem darniederliegenden Land zu einem der weltweit geachtetsten, mächtigsten Industriestaaten aufstieg. Erhard wollte sich damit nicht begnügen. Seit Ende der 1950er Jahre strebte er die Nachfolge des vor allem wegen seines Alters nicht mehr unumstrittenen Bundeskanzlers Konrad Adenauer an. Nach dem Willen führender CDU/CSU-Abgeordneter sollte Adenauer dem 1959 ausscheidenden Bundespräsidenten Theodor Heuss im Amt nachfolgen und Erhard neuer Bundeskanzler werden. Nach anfänglicher Zusage trat Adenauer überraschend von diesem Plan zurück und verblieb im Amt. Stattdessen bewog er im Februar 1959 seinen widerstrebenden Wirtschaftsminister, für das Amt zu kandidieren. Knapp einen Monat später zog Erhard jedoch seine Nominierung zurück.

Erst nach der Bundestagswahl 1961 gelang es der Koalition aus CDU/CSU und FDP, Adenauer die Einwilligung abzutrotzen, nach der Hälfte der Legislaturperiode vom Amt des Bundeskanzlers zurückzutreten. Damit war der Weg für Erhards Kanzlerschaft frei geworden. Im Herbst 1963 hatte er sein großes Ziel erreicht. Der

Bundestag wählte ihn mit absoluter Mehrheit zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Fraglich war, ob er auch in dem politisch bedeutungsvollsten Amt der Bundesrepublik Deutschland ebenso reüssieren konnte, wie bisher als Wirtschaftsminister. Seine außenpolitischen Erfahrungen beschränkten sich auf Währungsfragen und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Erreichung eines gemeinsamen Agrarmarktes.

Die Außenpolitik – als weltumspannende Bündnis-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik – hatte seit Bestehen der Bundesrepublik in den Händen von Bundeskanzler Konrad Adenauer gelegen. Sechs Jahre leitete er in Personalunion neben dem Bundeskanzleramt auch das Auswärtige Amt. Erst ab 1955 standen Heinrich von Brentano und ab der Bundestagswahl 1961 Gerhard Schröder dem Amt vor; stets unter der „Oberhoheit“ Adenauers, der kraft seiner Richtlinienkompetenz weiterhin maßgeblich die deutsche Außenpolitik gestaltete – und diese auch nach seinem Rücktritt kritisch zu begleiten trachtete.

Die Schwere des Amtes war Erhard bekannt und bewusst. Gleichwohl trat er optimistisch und selbstbewusst sein Amt als Bundeskanzler an, auch in der Hoffnung, mit Tatkraft und Fortune die Außenpolitik seines Vorgängers in den am Horizont aufscheinenden Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs zu neuen Mächtekonstellationen erfolgreich fortsetzen zu können.

Berlin, im Januar 2018

Dr. Helmut Welge

# Inhalt

Einführung . . . . .	1
I. Kapitel: Bestandsaufnahme . . . . .	7
1. Das Deutsch-Amerikanische Verhältnis . . . . .	7
2. Frankreich und die Bundesrepublik . . . . .	9
3. Großbritannien und die Bundesrepublik . . . . .	13
4. Bundesrepublik und Sowjetunion . . . . .	14
5. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft . . . . .	18
II. Kapitel: Diplomatische Sondierungen . . . . .	21
1. Gedankenaustausch mit US-Diplomaten . . . . .	21
2. Französische Vorstellungen . . . . .	23
3. Vorbesprechung mit dem britischen Botschafter . . . . .	25
III. Kapitel: Außenpolitische Aktivitäten . . . . .	27
1. Staatsgast in Frankreich . . . . .	27
2. Auf Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten . . . . .	31
3. Regierungsgespräche in Großbritannien . . . . .	36
4. Problemfeld Wiedervereinigung . . . . .	41
5. Vertiefung der Europäischen Integration . . . . .	46
5.1 Politische Union . . . . .	46
5.2 Landwirtschaftspolitik und Getreidepreis . . . . .	47
6. Multilaterale Atomstreitmacht – MLF-Projekt . . . . .	49
7. Devisenausgleich und Truppenstationierung . . . . .	54
8. Deutsch-Sowjetische Verständigungsprobleme . . . . .	57
IV. Kapitel: Wetterleuchten am nahöstlichen Horizont . . . . .	65
1. Deutsch-Israelische (Nicht-)Beziehungen . . . . .	65
2. Ägypten und der Sowjetblock . . . . .	70
3. Diplomatische Anerkennung Israels und Arabische Reaktionen . . . . .	72
V. Kapitel: Diplomatischer Aktionismus in Süd-/Osteuropa . . . . .	77
VI. Kapitel: Deutschland und Frankreich – Ein Europäisches Tandem? . . . . .	81
1. Interessengegensätze . . . . .	81
2. Erhard und De Gaulle – Motoren der Politischen Union? . . . . .	83
3. Frankreichs Anschlag auf die NATO . . . . .	91
VII. Kapitel: Machtwechsel im Kreml . . . . .	97
1. Deutsch-Sowjetischer Dialog . . . . .	97
2. Französisch-Sowjetische Begegnungen . . . . .	106
3. Großbritannien und die Sowjetunion . . . . .	110
4. Amerikanisch-Sowjetische Gespräche . . . . .	111

VIII. Kapitel: Die Bundesrepublik und der Ferne Osten . . . . .	115
1. Lackmustest Vietnam	115
2. Ceylon und die Deutsche Frage	123
3. Indonesische Gratwanderung	125
4. Pakistan – Ein Verbündeter im „Selbstwertungsprozeß“	129
5. Indien zwischen den Machtblöcken Ost und West	133
IX. Kapitel: Neue Friedens- und Deutschlandinitiative 1966 . . . . .	139
1. Voraussetzungen und Inhalt	139
2. Reaktionen	141
X. Kapitel: Risiken, Risse und Rivalitäten im Westen . . . . .	145
1. Veränderungen im Bündnissystem	145
2. NATO in der Krise	146
3. Schadensbegrenzung	148
4. Spannungen mit Großbritannien und den USA	151
5. Amerikanische Pressionen	154
6. Letzter USA-Besuch des Bundeskanzlers	157
Resümee. . . . .	163
Literaturverzeichnis . . . . .	165
Quellen	165
Literatur	166
Bildnachweis . . . . .	167

# Einführung

„Von Wirtschaft verstehe ich etwas, von anderen Dingen angeblich zum Teil weniger; aber das ist ja wohl nicht anders möglich.“<sup>1</sup>

Mit diesen Worten begrüßte Ludwig Erhard die Minister seines Kabinetts am 17. Oktober 1963, einen Tag nach seiner Ernennung zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Obwohl Erhard seit Anbeginn in der Bundesrepublik ununterbrochen als Wirtschaftsminister die Wirtschaftspolitik erfolgreich gestaltet, verantwortet und maßgeblich zum Wiederaufstieg des freien Teiles Deutschlands („Vater des deutschen Wirtschaftswunders“)<sup>2</sup> nach dem verheerenden Zusammenbruch 1945 beigetragen hatte, zweifelten nicht nur Konrad Adenauer, sondern auch andere hochrangige Bonner Politiker an Erhards Fähigkeiten für das Amt des Bundeskanzlers.

Langjährige CDU-Weggefährten meinten schon 1958, Erhard sei kein Politiker, „er ist nicht der Kanzler, den wir brauchen“, notierte Kanzler-Intimus Heinrich Krone in seinem Tagebuch.<sup>3</sup>

Gleichwohl wählte nach dem Rücktritt Konrad Adenauers im Herbst 1963 die absolute Mehrheit des Bundestages Ludwig Erhard zu seinem Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers.

Ausgestattet mit der Richtlinienkompetenz gemäß Artikel 65 des Grundgesetzes oblag es ihm nunmehr, künftig die großen Politikfelder der Innen- und Außenpolitik zu gestalten und zusammen mit seinen Fachministern die Regierungsgeschäfte zu leiten.

Für den Bereich der Außenpolitik hatte Erhard den seit 1961 unter Bundeskanzler Adenauer amtierenden Außenminister Gerhard Schröder (CDU) berufen.

Welchen Stellenwert der Kanzler den auswärtigen Beziehungen beilegte, brachte er in seiner ersten großen Regierungserklärung am 18. Oktober 1963 vor dem Deutschen Bundestag zum Ausdruck.

Zunächst betrachtete er im Rückblick die Politik seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949. Indem die materiellen Kriegsfolgen überwunden seien, durch den Aufbau einer blühenden Wirtschaft viele dringende soziale Aufgaben erfüllt und die Bundesrepublik im westlichen Bündnissystem Sicherheit gefunden habe, nehme sie einen geachteten Platz im Kreise der freien Völker ein, konstatierte Erhard.

Damit wolle er sich jedoch nicht zufrieden geben; es gelte, Aufgaben von hohem Rang zu bewältigen. In dem Bemühen, die seit Kriegsende 1945 andauernde Teilung Deutschlands und die unnatürliche Abschnürung West-Berlins durch den Mauerbau

---

1 Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966, Düsseldorf 1992, S. 16.

2 Klaus Hildebrand, Ludwig Erhards Kanzlerschaft und die Macht einer Botschaft, in: Ludwig Erhard und seine Politik, Symposium XIII der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn, am 24. Mai 1984, Stuttgart/New York 1985, S. 45.

3 Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Berlin 1998, S. 450.

zu überwinden, dürfe nicht nachgelassen werden. Es sei die Pflicht der Bundesregierung, die Aufmerksamkeit der Welt auf die ungelöste deutsche Frage zu lenken.

Vor allem den vier Mächten (USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich), die nach dem Kriege Verpflichtungen für Deutschland als Ganzes übernommen hätten, fielen bei der Deutschland- und Sicherheitsfrage besondere Aufgaben zu.

Für die Bundesregierung sei die Mitgliedschaft in der Nordatlantikpakt-Organisation ein Grundpfeiler ihrer Politik. Die Sicherheit Europas und der Bundesrepublik Deutschland werde nur durch die NATO im Zusammenwirken der europäischen und nordamerikanischen Partner (USA und Kanada) auf politischem und militärischem Gebiet gewährleistet.

Hervorragende Bedeutung komme dabei dem deutsch-amerikanischen Verhältnis zu. Das deutsche Volk sei sich bewusst, wie viel es den Vereinigten Staaten beim Wiederaufbau seines Landes nach dem Krieg zu verdanken habe. Deshalb werde die Bundesregierung fortfahren, in allen Fragen gemeinsamen Interesses sich in enger und freundschaftlicher Konsultation mit der amerikanischen Regierung abzustimmen; denn Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik einschließlich Berlins, davon war der Kanzler überzeugt, hingen von der Macht und Entschlossenheit der Vereinigten Staaten ab.

An die zweite Stelle seiner außenpolitischen Betrachtungen rückte Erhard die europäische Integration, die es aus dem derzeitigen kritischen Stadium heraus – und weiterzuführen gelte.

Im Mittelpunkt aller europäischen Fragen stünden die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die sich auf gegenseitiges Verständnis und Vertrauen gründeten.

Mit dem Ausbau der deutsch-französischen Partnerschaft müssten freundschaftliche Beziehungen zu anderen europäischen Staaten einhergehen, insbesondere zu Großbritannien, das mit der Bundesrepublik durch Bündnisverträge, die Anwesenheit seiner Truppen zum Schutze des Landes und durch eine gemeinsam mit der Bundesregierung vereinbarte Deutschland- und Berlin-Politik verbunden sei.

Schließlich wandte der Kanzler seinen Blick auf die „befreundeten Völker“ des Nahen und Fernen Ostens, Afrikas und Südamerikas, zu denen sich in den letzten Jahren die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf dem Fundament gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung erfreulich fortentwickelt hätten. Diese Politik wolle er fortsetzen.

Er werde ebenfalls dafür sorgen, dass die Bundesrepublik, die zwar wegen der andauernden Spaltung Deutschlands nicht Mitglied der UNO sei, sich aber zu deren Grundsätzen und Zielen bekenne, ihren Beitrag zur Entwicklungshilfe für bedürftige Länder dieser Erdteile leiste.<sup>4</sup>

Damit hatte er sein außenpolitisches Leitbild – nach seinem Schlusswort in der Debatte über die Regierungserklärung sollte dieses „bis weit über die laufende Legis-

---

4 Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, Band 53, S. 4192–4208.

laturperiode hinausreichen“ – dem In- und Ausland unterbreitet. Den Bogen seiner Außen- und Sicherheitspolitik hatte er nahezu um den gesamten Globus gespannt. Zweifelhaft war, ob sich der außenpolitisch Unerfahrene in diesem gewaltigen Spektrum deutschland- und weltpolitischer Aktivitäten zurecht finden und die deutschen Interessen erfolgreich vertreten würde; ohne dabei „weder Freund noch Feind“ gegen sich aufzubringen. Bildlich gesprochen verglichen erfahrene Beamte, wie der langjährige Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, die Außenpolitik der Bundesrepublik „als ein Spiel mit sieben Kugeln, nämlich mit den USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetrußland, ein wenig auch Rot-China und natürlich mit Europa und der NATO“, wobei auf dem Weg zu den deutschen Zielen keine dieser Kugeln zu Boden fallen dürfe.<sup>5</sup> Der frisch ernannte Bundeskanzler ließ indes keine Zweifel an seinen Fähigkeiten erkennen. Er begann seine Kanzlerschaft mit großem Elan und konzentrierte sich in den ersten Monaten auf die Außenpolitik. Denen wollte er es zeigen, die meinten, dass er Außenpolitik nicht könnte, und er wollte dem Außenminister zeigen, dass er dabei nicht von ihm abhängig war.<sup>6</sup>



Ludwig Erhard im Gespräch mit Konrad Adenauer auf dem 10. Bundesparteitag der CDU, Köln 1961.

5 Osterheld, ebd., S. 321

6 Volker Hentschel, ebd., S. 602.

Selbstbewusst verkündete er in einer Rede vor der CSU-Landesversammlung in München, keine Politik des Augenzwinkerns, keine Schaukelpolitik und der Unklarheiten zu betreiben; denn im Innern und nach außen brauche die Regierung das Vertrauen in die Zielstrebigkeit ihrer Politik, so wie seit anderthalb Jahrzehnten von der Bundesregierung eingeleitet und in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 definiert und bekräftigt.<sup>7</sup>

Vorausschauend erkannte er das „Heraufdämmern neuer Zeiten“, denen Rechnung zu tragen sei.

Mit Blick auf Gegenwart und Zukunft sah er nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze Welt aus der Nachkriegszeit heraustreten. Die außenpolitische Lage hatte sich seit Anfang der 1960er Jahre gewandelt. Die durch den Mauerbau 1961 entstandene Berlin-Krise und die ebenfalls von der Sowjetunion 1962 durch die Stationierung von Raketen auf Kuba herbeigeführte hochexplosive Konfrontation mit den USA wurden ohne kriegerische Auseinandersetzungen beigelegt. Die beiden Großmächte USA und die Sowjetunion bemühten sich fortan um Entspannung und Entkrampfung ihrer Beziehungen.

In deren Gefolge kamen aufs Neue die traditionellen Wahlmöglichkeiten deutscher Außenpolitik, die weltpolitische, die kontinentale und die nationale, die nicht mehr länger miteinander vereinbar waren, zum Vorschein.<sup>8</sup>

Das für die Westbindung der Bundesrepublik und ihren Schutz gegenüber den Expansionsbestrebungen der Sowjetunion enge und freundschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wurde durch das französische Drängen nach einer Zweierunion Frankreich/Bundesrepublik infrage gestellt.

Erhards ‚Nein‘ zu diesem Bunde änderte daher den zuvor von Bundeskanzler Adenauer eingeschlagenen Kurs der Außenpolitik gegenüber Frankreich entscheidend.

Die unumstößliche Bindung an die Vereinigten Staaten, die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der Sechs um Großbritannien und ihre Komplettierung zu einer politischen Union erschienen ihm vorrangig, ohne dabei das Ziel der Wiedervereinigung aus dem Blick zu lassen. Um sich diesem zu nähern, sollte behutsam durch eine „Politik der Bewegung“ nach Osten hin die noch unter Bundeskanzler Adenauer begonnene, aber zunächst nur auf Moskau konzentrierte Öffnung auch gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten fortgeführt werden.<sup>9</sup>

In Bewegung geriet aber auch – ungewollt – die bundesrepublikanische Nahostpolitik. Vor der Öffentlichkeit verheimlichte und durch Presseberichte bekannt gewordene Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel beeinträchtigten das bisher hohe Ansehen in den arabischen Ländern, die sich infolgedessen – allen voran Ägypten – verstärkt der DDR zuwandten. Deren mögliche diplomatische Anerken-

---

7 Ludwig Erhard, Rede vor der CSU-Landesversammlung München, 12. Juli 1964, S. 877, in: Karl Hohmann (Hrsg.), Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, Düsseldorf 1988.

8 Klaus Hildebrand, ebd., S. 46.

9 Rudolf Morse, Die Bundesrepublik Deutschland, Entstehung und Entwicklung bis 1969, in: Lothar Gall (Hrsg.), Grundriss der Geschichte, München 2007, S. 80.

nung durch arabische Staaten zwang zu einem Überdenken des Alleinvertretungsanspruchs, der sogenannten Hallstein-Doktrin, und bewirkte Richtungsentscheidungen, insbesondere gegenüber Israel und Ägypten.

Aber auch im Verhältnis zu den drei westlichen Siegermächten und engsten Verbündeten traten Differenzen und Herausforderungen zutage, die sich insbesondere aus ihren Truppenstationierungen auf dem Territorium der Bundesrepublik und dem französischen „NATO-Boycott“ ergaben.

Mit der vierten Siegermacht, der Sowjetunion, ließ sich trotz erheblicher Bemühungen der Bundesregierung keine Veränderung des Status quo in Deutschland und Berlin erreichen, zumal sie eine Preisgabe ihres Satelliten DDR kategorisch ausschloss.

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte aus der Gesamtschau eine außenpolitische Stagnation unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards gezogen werden. Damit würde man allerdings den ehrlichen und engagierten Bemühungen des Kanzlers um Fortschritte in den auswärtigen Angelegenheiten bei zunehmend diffusem internationalem Umfeld nicht gerecht werden.

Aus der Retrospektive eines halben Jahrhunderts, nachdem die offiziellen Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland als authentische Quellen frei zugänglich geworden sind und Aufschluss über die Außenpolitik in den Regierungsjahren 1963 bis 1966 geben, lassen sich belastbare Antworten auf Fragen zu Erfolgen und Misserfolgen seines politischen Handelns geben.

Insbesondere die im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegebenen „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“<sup>10</sup> in den maßgeblichen Jahren verdeutlichen die Bemühungen des Bundeskanzlers, seines Außenministers sowie der Spitzenbeamten im Kanzler- und Auswärtigen Amt, den Kurs der bisherigen Außenpolitik kontinuierlich fortzusetzen und gleichwohl den sich wandelnden Zeiten Rechnung zu tragen.

Anders jedoch als sein Vorgänger Adenauer, der den Primat der Außenpolitik als Voraussetzung für die Sicherheit der Bundesrepublik aufrecht gehalten hatte, zeigte sich, dass „Erhard seine Kanzlerschaft unter einen Primat der Innenpolitik zu stellen gedachte“.<sup>11</sup>

Sicherlich ließ er sich hierbei von seiner über 14-jährigen erfolgreichen Ministertätigkeit als führender und bewunderter Wirtschaftsfachmann der Bundesrepublik leiten, die er nun als Kanzler auf alle anderen innenpolitischen Felder zu übertragen gedachte.

War diese Einstellung angesichts der exponierten Lage Deutschlands in Mitteleuropa, seiner andauernden Teilung und der fortgesetzten militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion nicht zu sorglos und den außenpolitischen Realitäten unan-

---

10 Institut für Zeitgeschichte (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes), Band III, 1963 bis Band II, 1966, München 1994–1997.

11 Konrad Adenauer, „Stetigkeit in der Politik“: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Günter Buchstab (Bearb.), Düsseldorf 1998.

gepasst oder erwarteten die engsten westlichen Alliierten von Erhards Kanzlerschaft eine verhaltenere Außenpolitik, als sie es von Adenauer gewohnt waren?

Antwort hierauf konnte nur Erhard selbst durch seine Politik geben.

Herausragende Bedeutung gewann nach der Ermordung Präsident Kennedys sein Verhältnis zu dem mächtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, unter dem Nachfolger Johnson.

Nicht minder bedeutend waren die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorstellungen des französischen Präsidenten De Gaulle zur Rolle Frankreichs und der Bundesrepublik in Westeuropa, welche mit Erhards eigenen Plänen einer politischen Union zum weiteren Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter Einschluss Großbritanniens wohl kaum zu vereinbaren waren.

Da bei alledem für Erhard im Interesse aller Deutschen in West und Ost die friedliche Wiedervereinigung oberstes Ziel seiner Politik war, musste er sich um ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion bemühen.

Ob ihm, dem außenpolitisch Unerfahrenen, der zu Beginn seiner Kanzlerschaft nach eigenem Verständnis „von Wirtschaft einiges, aber von anderen Dingen weniger verstand“, im Verlauf seiner dreijährigen Regierungszeit eine den veränderten Zeiten adäquate Außenpolitik gelang, soll im Folgenden untersucht werden. Zu deren Verständnis ist es nötig, die Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren, den vier Siegermächten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, im Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch Erhard in ihren Grundzügen aufzuzeigen – geprägt von seinem großen Vorgänger, Konrad Adenauer.